

Europas Corona-Optimisten

Für Spaniens Regierungschef ist Covid-19 nur noch eine «Grippe» – auch in Dänemark sieht man das Ende der Pandemie kommen.

Niels Anner, Kopenhagen, und Ralph Schulze, Madrid

Wer aus der deutschsprachigen Welt in die spanische Hauptstadt Madrid reist, reibt sich verwundert die Augen: Das Leben pulsiert in den Ausgeh- und Einkaufsvierteln der Metropole, als ob es kein Corona und keine Omikron-Welle geben würde. Niemand verlangt einen Gesundheitsnachweis, um in Cafés, Kneipen oder ins Theater zu gehen. Hunderttausende Kinder drücken nach den Winterferien wieder die Schulbank – ohne jegliche Testpflichten.

Zugleich sorgt Spaniens sozialistischer Regierungschef Pedro Sánchez mit der Ankündigung eines Strategiewechsels für Wirbel. Es sei an der Zeit, sagte er beiläufig in einem Radio-Interview, der Pande-

mie weniger Bedeutung beizumessen und Corona künftig wie andere wiederkehrende Krankheiten zu betrachten. Etwa wie die jährlichen Grippewellen. Das bedeutet, dass man sich von der bisherigen aufwendigen Erhebung und Verfolgung aller Corona-Infektionsfälle und auch von den Massentests verabschieden sollte. «Die Situation der Pandemie ist heute nicht mehr

jene, die wir vor einem Jahr hatten», sagte Sánchez.

Die Regierung verweist vor allem auf die hohe Impfquote, die dem Land im Herbst viel internationales Lob einbrachte. In der ersten Impfkampagne hatte Spanien mit ansehnlichen 80 Prozent die dritthöchste Impfquote Europas erreicht. Doch nun, in der Booster-Kampagne, läuft es nicht mehr so gut. Bisher holten sich nur 36 Prozent der Spanier den Auffrischungsstich.

Virologen warnen denn auch davor, dass Spaniens Corona-Entspannungskurs einem «Spiel mit dem Feuer» gleichkommt. Man dürfe die Pandemie nicht banalisieren. «Das Einzige, was wir erreichen werden, wenn wir nicht handeln, sind noch mehr Infektionen», sagt der Epidemiologe Daniel López Acuña.

Während Spanien seine Coronapolitik immer weiter lockert, explodieren die Infektionen im ganzen Land. In den vergangenen sieben Tagen wurden mehr als eine Million neue Infektionen gemeldet. In den Spitätern ist die Lage zwar noch nicht kritisch, aber besorgniserregend. In immer mehr Hospitälern müssen Routineoperationen verschoben werden. Zuletzt lagen mehr als 17 000 Coronapatienten im Spital, davon 2200 auf den Intensivstationen.

Normalisierung in Dänemark «in Sichtweite»

Vergleichsweise entspannt gibt man sich auch in Dänemark. Im Dezember war das Land zusammen mit Großbritannien das erste Ziel der Omikron-Wand. Heute gehen über 96 Prozent der Coronafälle auf das Konto

der neuen Variante, und die Zahlen sind weiterhin hoch. Dennoch sagt Gesundheitsminister Magnus Heunicke: «Wir haben diese Epidemie erneut unter Kontrolle gebracht.» Seine Regierung hat für kommenden Montag deshalb eine Lockierung der Restriktionen angekündigt: Die vor Weihnachten geschlossenen Kinos, Museen und Zoos dürfen wieder öffnen, mit leicht eingeschränkter Besucherzahl.

Für die Zuversicht, dass das Größte bereits überstanden sei, sehen die Dänen drei Gründe:

— Die Zahl der Corona-Spitalpatienten ist während Wochen nur sehr langsam angestiegen und liegt deutlich unter dem kritischen Bereich. Auf den Intensivstationen liegen halb so viele Patienten wie letzten Winter.

— Die Schreckensszenarien der Gesundheitsbehörden sind nicht eingetroffen: Es gab bisher nicht annähernd 55 000 Fälle pro Tag, sondern der Rekord liegt bei knapp 30 000.

— Die Restriktionen vor Weihnachten hätten sich ausgezahlt und die Impfoffensive Früchte getragen.

Die Behörden sehen mit der jetzigen Entwicklung das Auslaufen der Pandemie in Dänemark. Die Normalisierung sei in Sichtweite. «Wir bewegen uns langsam auf ein grippeähnliches Muster zu», erklärte Tyra Krause, Vizechefin des nationalen Epidemie-Instituts. Dies bedeutet, dass man die Ansteckungen nicht verhindern, nur bremsen könne, aber Erkrankungen dank Impfungen oft mild verliefen.

«Die sperren uns ein wie Hausschweine»

Fast 200 000 Menschen gehen montags in Deutschland auf die Straße, um gegen Impfpflicht und Coronamassnahmen zu demonstrieren. Besuch in der Sächsischen Schweiz.

Christoph Reichmuth, Pirna

Jan-Oliver Zwerp hält eine Kerze in der Hand, läuft damit fast anständig über den Marktplatz auf das mittelalterliche Rathaus von Pirna zu. Der Landtagsabgeordnete der sächsischen AfD ist so etwas wie das prominente Gesicht beim stillen Protest der Partei gegen die Coronamassnahmen an diesem Montagabend. Vor der Türe zum Hohen Haus flackern bereits mehrere kleine Kerzen in der Nacht. Es sieht von weitem ein bisschen aus wie ein Altar.

«Wir fordern die sofortige Aufhebung des Versammlungsverbots», sagt der 57-jährige Politiker. Zwerp und die Sympathisanten seiner Partei halten die Coronaregeln für zu starke Eingriffe in die Freiheitsrechte. Mit den Kerzen wollen sie ein Zeichen der Freiheit setzen. Eigentlich sind Versammlungen von mehr als zehn Menschen in Sachsen wegen Corona derzeit verboten. Die AfD umgeht das Verbot, in dem sie fünf Kleingruppen zu je zehn Teilnehmern bildet. Die Polizei duldet den angemeldeten Protest. Der parteilose Pirnaer Stadtrat André Liebscher beobachtet die Szene am Rande des Marktplatzes.

«Die AfD versucht, aus dem Unmut der Menschen und der Coronakrise politisches Kapital zu schlagen», sagt Liebscher und schüttelt den Kopf. «Mit vielen von denen kann man nicht reden. Sie wollen gar nicht zuhören.»

Seit Wochen gehen vor allem montags landesweit Zehntausende auf die Straße, um gegen die Massnahmen und die drohende Impfpflicht zu protestieren. Stark verbreitet sind die Proteste in Ostdeutschland, wie hier im sächsischen Pirna, einer pittoresken Stadt in der Sächsischen Schweiz mit 40 000 Einwohnern, 30 Kilometer von der tschechischen Grenze entfernt.



In ostdeutschen Städten wie Pirna und Dresden wird der Coronaprotest radikaler – häufig schreitet die Polizei ein. Bild: DPA

Die Teilnehmerzahlen bei den Protesten sind gestiegen. Laut der deutschen Innenministerin Nancy Faeser (SPD) waren alleine an diesem Montag 188 000 Menschen landesweit auf der Straße. Der Verfassungsschutz warnt vor einer Unterwerfung der Proteste durch gewaltbereite Rechtsextremisten. Immer wieder kommt es zu Angriffen gegen Polizeibeamte, in Chatgruppen rufen Extremisten zu Mord an Politikerinnen und Politikern auf.

Es bleibt nicht lange friedlich

In Pirna ist zunächst wenig los. Doch es bleibt nicht lange so friedlich. Plötzlich heulen die Sirenen. Über soziale Kanäle haben Massnahmengegner zum nicht bewilligten Protest in der Innenstadt aufgerufen. Etwa

500 Menschen versammeln sich gegen 19 Uhr und formen einen Protestzug. Ein Verstoss gegen die Coronaregeln. Lange dauert die Kundgebung nicht. In einer Straße nahe der durch die Stadt fliessenden Elbe wird der Protestzug gestoppt, die Polizei keselt die Demonstration ein. Pfiffe, vereinzelte Rufe wie «Volksverräter».

Ein Dutzend Personen, mutmasslich aus der rechtsextremen Szene, versuchen, die Polizeikette zu durchbrechen. Es wird hektisch. Die Polizei setzt Pfefferspray ein. Im Kessel sind junge Menschen genauso zu sehen wie Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte der Gesellschaft.

Rechtsextremisten halten sich verteilt in der Innenstadt in Kleingruppen ausserhalb des Blocks auf. Schwarz gekleidet und sichtlich aggressiv, brüllen

sie auf die Beamten ein. Die Eingekesselten zeigen sich Journalisten gegenüber wortkarg. Mit «Mainstreammedien» rede er nicht, meint ein Mann. «Darf man denn nicht mehr in der eigenen Heimatstadt spazieren?», gibt sich eine Frau unschuldig. «Die sperren uns ein wie Hausschweine!», echauffiert sich ein etwa 40-jähriger Mann. Eine 52-Jährige wettert: «Corona ist eine Erfindung der Mächtigen! Die Menschen sterben nicht an einem Virus, sondern an der Impfung.»

Im Osten ist das Misstrauen besonders gross

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen an diesem Abend lange in der Kälte ausharren. Die Polizei nimmt bis zum späten Abend 260 Identitäten auf, es drohen Bussen bis zu 250

Euro für die Teilnahme am Protest. «Es findet eine Radikalisierung statt, die Proteste werden immer stärker von gewaltbereiten Rechtsextremisten unterwandert», sagt Marko Laske, Sprecher der sächsischen Landespolizei.

Auf dem Marktplatz, eineinhalb Kilometer vom hektischen Geschehen entfernt, ist es längst ruhig geworden. Ein Mann, etwa 50 Jahre alt, rezitiert das Grundgesetz. «Die Würde des Menschen ist unantastbar!» Stadtrat Liebscher glaubt zu wissen, warum die Menschen im Osten Deutschlands so kritisch gegenüber den staatlichen Massnahmen sind. Die Erfahrungen in der DDR hätten dazu geführt, dass viele hier «skeptisch den Obrigkeit gegenüber» eingestellt seien. «Die AfD schürt dieses Misstrauen weiter.»

Polizisten und Soldaten unter den Impfgegnern

Österreich Politisch geht die Impfpflicht auf die Zielgerade, doch die Gegner der Massnahmen bringen sich in Stellung. Immer sichtbarer wird dabei, dass sich zu den Coronaprotestierenden Angehörige von Polizei und Militär, aber auch vom Militärgeheimdienst gesellt haben. «Wir beobachten das mit grosser Sorge», so Omar Hajawi-Pirchner, der Chef der Direktion für Staatschutz und Nachrichtendienst, in einem Interview mit der Tageszeitung «Standard». Mit Sorge beobachtet der Chef des Nachrichtendienstes vor allem aber auch die Radikalisierung in der Szene.

Der jüngste Anlass: Der offene Brief einer Gruppe, die sich «Polizisten für Grund- und Freiheitsrechte» nennt. Darin wird die Impfung mit «Gentherapie» abgelehnt, die Diskriminierung ungeimpfter Kollegen verurteilt. Eigenen Angaben zu folge sollen hinter dem Schreiben 600 Polizisten verschiedener Rangebenen stehen.

Bei den Coronaprotesten nahmen zuletzt vermehrt Personen in Uniformen des Bundesheeres teil. Angehörige des Heeres hatten sich kürzlich ebenfalls in einem offenen Brief gegen die Impfpflicht ausgesprochen – entgegen der offiziellen Linie des Heeres. In dem Schreiben verglichen die Soldaten die Massnahme mit einer «Vergewaltigung». Einer der Unterzeichner ist ein einschlägig bekannter Oberst des Heeresnachrichtenamtes.

Bisher gab es gegen einige Beamte oder Soldaten in der Szene lediglich Disziplinarmassnahmen. Entlassen wurde noch niemand. (ssc)